

Corona schlägt aufs Gemüt – immer mehr Menschen wollen eine Psychotherapie

Therapie ist gefragt, doch nicht immer möglich. Wegen mangelnder Kapazitäten oder aus finanziellen Gründen müssen Therapeuten viele Patienten abweisen. Psychologen werben für politische Reformen.

Selina Schmid

04.03.2021, 10.01 Uhr



Mehr Menschen meldeten sich im letzten Jahr bei Psychologen und Psychiaterinnen.

Christian Beutler / Keystone

Die Pandemie belastet die Psyche der Schweizerinnen und Schweizer. Es ist unklar, ob wir bei Kilometer 20 oder 40 des Corona-Marathons sind. Folglich hat die Nachfrage nach Psychotherapien in der Schweiz im vergangenen Jahr und besonders seit der zweiten Welle deutlich zugenommen. Eine Umfrage von drei Berufsverbänden, an der über 1700 Psychologinnen und Psychologen teilgenommen haben, zeigt die zunehmende Auslastung deutlich.

Zwei Drittel der befragten Psychotherapeuten berichten, dass sie regelmässig neue Patienten ablehnen müssten, da sie keine Kapazität mehr hätten. Die Berufsverbände wollen damit auf Versorgungslücken hinweisen, die bereits vor der Pandemie existiert hätten und nun geschlossen werden müssten. Sie werben gleichzeitig für ihr politisches Projekt, das Anordnungsmodell. Denn 80 Prozent der selbständig erwerbenden Psychotherapeuten geben an, dass bei ihnen Menschen in

psychischer Not aus finanziellen Gründen auf eine Therapie verzichteten. Gerade in ländlichen Regionen und im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sei die Situation angespannt.

Warten auf den Bundesrat

Heute bezahlt die Grundversicherung Psychotherapie nur, wenn sie von einem Psychiater durchgeführt wird oder von einem Psychotherapeuten, der bei einem Arzt angestellt ist. Dieses Delegationsmodell schränkt nach Ansicht der Psychologenverbände die Zahl der Therapieplätze stark ein. Psychologen fordern darum das Anordnungsmodell, bei dem auch die Psychotherapie durch selbständige Psychologen von der Grundversicherung bezahlt wird, sofern sie auf Anordnung eines Arztes erfolgt. Der Psychologe muss dafür nicht mehr bei einem Arzt angestellt sein.

Die Vernehmlassung zur Einführung des Anordnungsmodells ist bereits seit Sommer 2019 abgeschlossen. Es fehlt einzig der Entscheid des Bundesrates, den die Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen (FSP) diesen Frühling erwartet. Stephan Wenger, Co-Präsident der FSP, sagt: «Es darf nicht sein, dass Menschen, die unter psychischen Erkrankungen leiden, aus finanziellen Gründen auf eine notwendige und erwiesenermassen wirksame Therapie verzichten müssen. Diese könnte hohe Folgekosten für die Allgemeinheit verhindern.»

Eine Studie im Auftrag der FSP vom Juni 2020 kommt zum Schluss, dass die frühzeitige Behandlung psychischer Krankheiten Einsparungen von jährlich rund 500 Millionen Franken bringen könnte. Unternehmen würden etwa von weniger Krankheitsabsenz und insgesamt produktiverer Anwesenheit profitieren. Auch die Grundversicherung könnte einen Teil der stationären Behandlungen einsparen. Tiefere Arbeitslosigkeits- und sinkende Invalidisierungszahlen würden die Sozialversicherungen entlasten.

Versorgung ist sichergestellt

Auch Psychiater bemerken die gestiegene Nachfrage. Fulvia Rota, die Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, sagt jedoch, dass die Situation nicht so dramatisch sei, wie sie immer wieder dargestellt werde. «Viele Psychiaterinnen und Psychiater haben ihren Arbeitseinsatz erhöht. Damit kann die gestiegene Nachfrage grösstenteils aufgefangen werden.» Aber mit Sicherheit gebe

es regionale Unterschiede.

Die Corona-Krise hat die psychische Belastung für viele Menschen zwar erhöht. Die Umfrage der Berufsverbände der Psychologen zeigt, dass besonders Symptome der Depression und von Angst- und Zwangserkrankungen zugenommen haben. Auch berichten Patienten häufiger über Probleme in der Familie sowie am Arbeitsplatz.

Die Psychiaterin Fulvia Rota betont aber: «Die psychiatrische Versorgung in der Schweiz ist auch in der Corona-Pandemie jederzeit sichergestellt.» Notfälle würden nie abgewiesen werden, und längere Wartezeiten für Langzeittherapien seien die Ausnahme. Die gestiegene Nachfrage nach psychiatrischer und psychologischer Unterstützung und entsprechende Medienberichte erwecken ihrer Meinung nach den Eindruck einer Unterversorgung. Damit würden Ängste geschürt, in schwierigen Situationen keine psychiatrische oder psychologische Hilfe zu erhalten. Rota sagt: «Wer in der Schweiz einen Therapieplatz sucht, der findet in der Regel einen.»